

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 25. August 2026 · Nr. 196/35 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,10 € F.A.Z. im Internet: **faz.net**

USA sagen Manöver mit Südkorea ab

PEKING. Nach Angaben der südkoreanischen Streitkräfte haben die USA ein für Ende September geplantes gemeinsames Großmanöver abgesagt und dies mit fehlender Verfügbarkeit amerikanischer Streitkräfte wegen des Irankriegs begründet. Demnach habe das US-Militär Südkorea schon im Juni offiziell darüber informiert, „dass der Einsatz seiner Streitkräfte in diesem Zeitraum aufgrund der Lage im Nahen Osten eingeschränkt ist“, sagte ein Sprecher der südkoreanischen Kriegsmarine am Montag. An der meist alle zwei Jahre stattfindenden amphibischen „Ssang-yong“-Übung nehmen Streitkräfte beider Seiten in Divisionsstärke teil. Der Sprecher betonte, die Streitkräfte beider Seiten stehen „weiterhin in engem Austausch über die künftige Wiederaufnahme der Übung“. Eine offizielle amerikanische Reaktion blieb zunächst aus. Die Bekanntgabe folgt wenige Tage auf eine Anordnung des US-Präsidenten Donald Trump, eine weitere gemeinsame Militärübung mit Südkorea, die kürzlich endete, zu reduzieren. Zur Begründung hatte Trump neben Südkoreas angeblicher Weigerung, ihn im Irankrieg zu unterstützen, seinen Wunsch nach guten Beziehungen zum nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un angeführt. *(Siehe Seiten 2 und 8.) stah*

Gegen jede Sorge eine Kapsel

Die Mehrheit der Deutschen greift zu Extra-Vitaminen. Wo Hersteller schon den nächsten Milliardenmarkt wittern. **Unternehmen, Seite 22**

Kein Zurück mehr?

Israel treibt das umstrittene Siedlungsprojekt E1 mit einer Ausschreibung voran. Es noch zu stoppen, wird nun schwierig. **Politik, Seite 5**

Steinhäger vertrag er nicht

Ein einziges Mal hat Samuel Beckett Tagebuch geführt: 1936/37 in Deutschland. Nun ist es erschienen – starker Tobak. **Feuilleton, Seite 9**

Amerikas neue Gründer

Digitale Werkzeuge, soziale Medien und KI machen es in den USA leichter denn je, eine Firma zu eröffnen. **Wirtschaft, Seite 17**

Noch lange nicht am Ziel

Oliver Zeidler stellt nach dem Olympiasieg 2024 sein Training um. Bei der Ruder-WM ist er dennoch Favorit. **Sport, Seite 27**

Made in Germany

Die Volkswagen-Tochter Powerco produziert in einer Fabrik in Salzgitter Batterien für das E-Auto. **Technik und Motor, Seite 11**

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

Iran droht Schiffen mit Beschlagnahmung

Iran droht Schiffen, die gegen seine Transitregelungen für die Straße von Hormus verstoßen. Möglich seien in diesen Fällen Geldstrafen, teilte die von der iranischen Regierung neu eingerichtete Behörde PGSA („Persian Gulf Strait Authority“) mit. Schiffe könnten aber auch festgesetzt oder beschlagnahmt werden. Frachteiniger werden der Mitteilung zufolge aufgefordert, eine aktualisierte Liste von Schiffen zu prüfen, die als nicht konform eingestuft werden. Um von der Liste gestrichen zu werden, müsse ein Antrag bei den iranischen Schifffahrtsbehörden eingereicht werden. *Reuters*



Zeremonie zum 35. Unabhängigkeitstag: Der britische Premierminister Burnham, der ukrainische Präsident Selenskyj und EU-Ratspräsident Costa am Montag in Kiew

Foto Reuters

Selenskyj: Können ohne Hilfe den Angriffen nicht standhalten

EU gibt 6,1 Milliarden Euro an Waffenhilfe frei / Treffen der Koalition der Willigen

KIEW/BRÜSSEL/PARIS. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat am 35. Unabhängigkeitstag seines Landes dazu aufgerufen, Russland durch die Einheit der internationalen Gemeinschaft in die Knie zu zwingen. „Keine Nation hätte für einen solchen Krieg allein genügend Waffen. Keine Nation hätte ohne die Hilfe der Welt solch mächtigen Angriffen standhalten können“, sagte Selenskyj in seiner Rede am Montagmittag auf dem Sophienplatz im Zentrum von Kiew. Wladimir Putin habe Russland groß machen wollen, heute gebe es lange Schlangen an den Tankstellen. Moskau habe unterschätzt, wie entschlossen die Ukrainer um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Nach seiner Rede empfing Selenskyj Staatsgäste für ein Treffen der sogenannten Koalition der Willigen.

Anlässlich des internationalen Treffens in Kiew gab die EU-Kommission

weitere 6,1 Milliarden Euro an Waffenhilfe aus dem Ukraine-Kredit für Kiew frei. Damit sollen nun erstmals Fähigkeiten zur Abwehr ballistischer Raketen finanziert werden, welche das Land dringend benötigt. Nach F.A.Z.-Informationen wird die ukrainische Regierung einen Teil der Summe zum Kauf von mehreren Batterien des französisch-italienischen Typs SAMP/T und der zugehörigen Aster-Lenkflugkörper einsetzen. Mit der neuen Zusage beläuft sich die freigegebene Summe für Militärhilfe nunmehr auf gut 22 Milliarden von insgesamt 28,3 Milliarden Euro, die für dieses Jahr zur Verfügung stehen. 8,5 Milliarden Euro hat Kiew schon vertraglich gebunden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bestätigte bei der Sitzung der Koalition der Willigen auch, dass die Lieferung von Abfangraketen vom Typ Aster 30 und

Mistral an die Ukraine beschleunigt werden soll. Die Aster 30 ist eine europäische Flugabwehrrakete, die von dem französisch-italienischen Konsortium Eurosam hergestellt wird. Die Ukraine soll demnächst auch selbst Aster-30-Raketen unter Lizenz herstellen.

Der britische Premierminister Andy Burnham traf am Montagmorgen in Kiew ein, es war seine erste Auslandsreise als Regierungschef. Er kündigte an, mit der Ukraine bislang geheim gehaltene Informationen zum Bau britischer Komponenten für Marschflugkörper des Typs Scalp/Storm Shadow zu teilen. Großbritannien macht so den Weg frei für die Produktion der Marschflugkörper auf ukrainischem Boden. Damit kann das französisch-ukrainische Abkommen über Lizenzen für die Fertigung der französisch-britischen Scalp/Storm Shadow in Kraft treten. *(Siehe Seiten 2 und 8.) ropu./T.G./mic./chs*

Costa will EU-Beiträge in Grenzen halten

Präsident des Europäischen Rats zeigt Verständnis für Nettozahler wie Deutschland

BRÜSSEL. Der Präsident des Europäischen Rats, António Costa, hat Verständnis für das Anliegen Deutschlands und weiterer Nettozahler gezeigt, die nationalen Beiträge zum EU-Haushalt zu begrenzen. Die neuen Prioritäten Verteidigung, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit müssten im Rahmen „begrenzter Ressourcen“ umgesetzt werden, schrieb Costa in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Der Großteil werde aus nationalen Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert. „Wir müssen diese Beiträge innerhalb vernünftiger Grenzen halten“, argumentierte er.

Der Sozialdemokrat aus Portugal beginnt an diesem Dienstag eine Reihe von Besuchen in fast allen Hauptstädten, darunter auch Berlin. Bis Mitte September will er dabei politische Spielräume

in den schwierigen Verhandlungen über den nächsten EU-Finanzrahmen für die Jahre 2028 bis 2034 sondieren. Für Oktober wird ein neuer Vorschlag der amtierenden irischen Ratspräsidentin erwartet, nachdem Deutschland und andere Staaten den Entwurf der vorigen zyprischen Präsidentschaft vehement zurückgewiesen hatten. Dieser lag nahe am Vorschlag der EU-Kommission, rund zwei Billionen Euro für sieben Jahre aufzuwenden. Berlin forderte dagegen in einem internen Papier Kürzungen in Höhe von 400 Milliarden Euro.

Wenn Dublin seinen Vorschlag unterbreitet hat, geht die Initiative auf Costa über. Für Ende November wird er „sehr wahrscheinlich“ einen außerordentlichen Europäischen Rat zu den Finanzverhandlungen einberufen, wie ein Be-

amter am Montag sagte. In seinem Gastbeitrag machte Costa deutlich, dass er ein „ausgewogenes und ehrgeiziges Paket neuer gemeinsamer Ressourcen“ als „wesentlichen Bestandteil der Gesamteinigung“ anstrebt. Gemeint sind Eigenmittel, die der EU direkt zufließen. Irland will hier zusätzliche Optionen prüfen; die Bundesregierung reagierte bisher zurückhaltend auf die Vorschläge der EU-Kommission.

Costa bekräftigte das Ziel, eine Einigung bis Jahresende zu erreichen, und begründete dies mit den notwendigen Vorbereitungen, damit von 2028 an die neuen Programme in Gang setzen zu können. In Brüssel wird erwartet, dass eine Einigung 2027 noch schwieriger würde, weil in großen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien und Polen Wahlen anstehen. *(Siehe Seite 8.) T.G.*

Neuer Präsident für Bundesverwaltungsgericht

BERLIN. Die schwarz-rote Koalition schlägt Carsten Günther als neuen Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts vor. Das erfuh die F.A.Z. aus mit der Personalie befassten Kreisen. Günther ist bisher Präsident des Oberverwaltungsgerichts Münster. Seinem dortigen Amtsantritt ging ein jahrelanger Rechtsstreit mit dem nordrhein-westfälischen Justizministerium voraus. Günther soll am 15. Oktober zum Bundesverwaltungsrichter gewählt werden. Anschließend ist ein Kabinettsbeschluss geplant, um ihn zum Präsidenten in Leipzig zu machen. *(Siehe Seite 4.) stk.*

Kritik an Weidel und Chrupalla

BERLIN/FRANKFURT. Die Ko-Vorsitzenden der AfD, Alice Weidel und Tino Chrupalla, provozieren mit ihren Aussagen in ihren Sommerinterviews in ARD und ZDF Widerspruch von Fachleuten und politischen Gegnern. Der Ökonom Volker Wieland sagte zu Weidels Forderung nach einem Euro-Ausstieg Deutschlands: „Frau Weidel geht es um eine fundamentale Abkehr von Euro und EU. Beides würde Deutschland wirtschaftlich und politisch extrem schwächen.“ Chrupalla hatte die Verantwortung der Menschen für den Klimawandel als gering bezeichnet. *(Siehe Wirtschaft, Seite 15.) itz./jpen.*

Logistikunternehmer Kühne gestorben

ZÜRICH. Der Logistikunternehmer Klaus-Michael Kühne ist in der Nacht zum Montag gestorben. Er wurde 89 Jahre alt. Kühne hatte das von seinem Vater übernommene Speditionsunternehmen Kühne + Nagel zu einem der größten Logistikkonzerne der Welt entwickelt. Der gebürtige Hamburger war kinderlos. Daher gehen die Mehrheit an dem Unternehmen sowie Beteiligungen an Lufthansa und Hapag-Lloyd in den Besitz einer Stiftung über. Diese wird mit einem geschätzten Vermögen von mehr als 40 Milliarden Dollar zu den reichsten Stiftungen Europas gehören. *(Siehe Wirtschaft, Seite 20.) rit.*

Die blaue Sau

Von Berthold Kohler

Am Sonntag gab es im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dem die AfD die Abschaffung androht, zur besten Sendezeit geballte AfD, ARD und ZDF brachten „Sommerinterviews“ mit den beiden Vorsitzenden. Zwei Wochen vor der Wahl in Sachsen-Anhalt nutzte die AfD die Gelegenheit gern, um mit ihrem Doppelgesicht für sich zu werben. Während Chrupalla eher auf Onkel Tino machte – die Rolle des netten Schwiegersohns hat Siegmund übernommen –, ließ Weidel die blaue Sau raus.

Die AfD-Chefin bediente mit ihren maßlosen Attacken vor allem auf die CDU die AfD-Wählerschaft, der die Schwarte gar nicht heftig genug krachen kann. Als Weidel über die „Flachzangen“ in der Regierung herzog, von denen die Deutschen über den Tisch gezogen, angelogen und abgezockt würden, dürften sich ihre Fans jubelnd auf die Schenkel gehauen haben. Und natürlich erst recht, als Weidel ohne Sorge, der Vorwurf könne auf sie zurückfallen, ausrief: „Die DNA der CDU ist die Lüge.“

All jene, die glauben, sie könnten die CDU dazu zwingen, endlich mit der AfD zu koalieren, indem sie ihr Kreuz nicht mehr bei der CDU, sondern bei der AfD machen, sollten aber vielleicht doch noch einmal nachdenken. Wie sollte die CDU mit einer Partei zusammenarbeiten können, die von ihr behauptet, das Lügen stecke ihr im Erbgut? Wie mit einer Partei, die am liebsten die Ukraine der Rache Russlands ausliefern würde und Deutschland Putins und Trumps Gnade? Die aus dem Euro- und dem Schengenraum austreten will mit all den desaströsen Folgen, die das für Deutschland hätte, aber auch für ganz Europa, das von Russland, China und Amerika bedrängt und bedroht wird wie nie zuvor?

All diese Fragen stellen sich der AfD-Führung nicht. Denn die AfD will gar nicht mit der CDU zusammenarbeiten – sie will sie vernichten. Eigentlich muss man Weidel dankbar sein für ihre schon siegestrunkenen Offenheit. Es kann wirklich niemand mehr behaupten, man habe nicht wissen können, was die AfD ist und was sie vorhat.

Mit Vollgas in die Steuerpleite

Von Heike Göbel

Wie üblich, sortiert auch die schwarz-rote Bundesregierung nach der Sommerpause in einer Kabinettsklausur die Reformaufgaben für den Herbst. Alles auf Wachstum und Beschäftigung, lautet das Motto, das der Bundeskanzler für das Treffen in Schloss Neuhausen ausgegeben hat. Nicht zum ersten Mal; auch die von Merz als „historisch“ bewerteten 34 Reformbeschlüsse der Koalitionsspitzen kurz vor den Ferien trugen diese Überschrift. Doch die Erinnerung des Kanzlers ist bitter nötig, denn inzwischen untergraben christ- und sozialdemokratische Ministerpräsidenten die Rentenpläne nach Kräften. Zugleich sorgt der endlich vorgelegte Gesetzentwurf der Einkommensteuerreform für breite Enttäuschung.

Was der SPD-Ko-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Klingbeil aus dem zweiten Kernstück der Wachstumsagenda gemacht hat, verdient das Prädikat „ungenügend“. Sein Referentenentwurf bleibt sogar hinter dem aus selbst verschuldeter Haushaltsnot schon kräftig abgespeckten Entlastungsversprechen der schwarz-roten Reformliste von Anfang Juli zurück. Auf die dort in Aussicht gestellte Steuersenkung von „circa zehn Milliarden Euro im Jahr“ kommt Klingbeils Entwurf nur noch „brutto“, wenn fast drei Milliarden Euro Gegenfinanzierung durch höhere Steuersätze für „Reiche“ ausgeklammert werden. Das widerspricht allen Usancen und erntet den Vorwurf „Etikettenschwindel“ des Steuerzahlerbundes zu Recht.

Klingbeil feiert die der Union – gegen deren Versprechen und ohne sichtbare politische Kompensation etwa durch die Abschaffung des Rest-Solidaritätszuschlags – abgehandelte Steuererhöhung für Spitzenverdiener als Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Das ist kein tragfähiges Argument, trifft die Erhöhung doch Leistungsträger und Unternehmen, die schon bisher meist überproportional zum Steueraufkommen beitragen. Noch im Februar hatte Merz anerkannt, diese Gruppe erreiche mit Kirchensteuer und Soli fast 50 Prozent Spitzensatz. „Mehr geht nun wirklich nicht“, sagte der Kanzler, diese Zitrone sei ziemlich ausgequetscht. Das sieht sein Vizekanzler anders. Er schröpft jene zusätzlich, an die sich die Erwartung, mehr Wirtschaftswachstum zu schaffen, in besonderem Maße richtet. So steuert er die Regierung sehenden Auges in eine krachende Reformpleite.

Die Klausurtagung bietet eine letzte Chance, den falschen Steuerkurs vor dem Kabinettsbeschluss zu korrigieren und einen weiteren verheerenden Glaubwürdigkeitsschaden zu verhindern. Denn der Entwurf bringt auch Millionen Klein- und Mittelverdienern zu wenig. Diese speist die Koalition überwiegend nur mit dem ab, was die

Verfassung als Minimum verlangt: die Freistellung des Existenzminimums durch angemessene Grundfreibeträge oder entsprechende Kindergeldanpassung. Die geplanten Korrekturen des Steuertarifs sichern zudem nicht einmal durchweg die Rückgabe der steuerlichen Inflationsgewinne des Staates. Der Ausgleich der „kalten Progression“ sollte eigentlich selbstverständlicher Ausgangspunkt jeder vernünftigen Steuerpolitik sein. Klingbeils Vorgängern ist das seit elf Jahren gelungen, auch wenn kein Gesetz dazu zwingt.

Steuerpolitisch versagt freilich nicht nur Klingbeil, sondern die gesamte Koalition. Fahrlässig hat sie versäumt, die Entlastung im Haushalt vorzubereiten. Mit gutem Willen wäre eine

Die Klausurtagung

bietet eine letzte Chance, den falschen Steuerkurs zu korrigieren.

große Reform weiter machbar. Das zeigt das solide Konzept einer dreistufigen Reform der Unionsabgeordneten Dorn und Bury mit einer Entlastung von 27 Milliarden Euro. Auch die beiden Volkswirte korrigieren den Tarifverlauf stärker zugunsten unterer und mittlerer Einkommen, glätten aber auch den Soli-Buckel und vermeiden zusätzliche Belastung höherer Einkommen und von Unternehmen. Größere Arbeitsanreize, ein besseres Zusammenspiel mit den Sozialabgaben und mehr Steuertransparenz wären drei lohnende Ziele einer solchen echten Wachstumsreform.

Das Kunststück gelingt freilich nur, wenn die Koalition jetzt Mut findet, die ordnungspolitische Schlüsselfrage mit Nein zu beantworten, die die jungen Reformer in einem Ifo-Diskussionspapier formulieren: „Sind mehr als 100 einzelne Subventionsprogramme einer Steuerreform vorzuziehen, die allen Einkommensgruppen mehr netto vom Brutto ermöglicht?“ Es sei ineffizient, Einkommen erst hoch zu besteuern und einen Teil anschließend über kleinteilige Programme zurückzugeben, deren Verteilungswirkung einkommensstarke Haushalte öfter besonders begünstige. Neue Schulden für ihr Vorhaben lehnen beide ab angesichts der 200 Milliarden Euro, die Klingbeil ohnehin jährlich plant.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Das Papier sollte Pflichtlektüre sein für die Klausurteilnehmer, aber auch für alle Bürger, die sich mehr Netto vom Brutto wünschen. Soll Deutschland seinen wettbewerbsfeindlichen Spitzenplatz in internationalen Steuer-rankings verlassen, erfordert das auch Verzicht auf liebgewonnene staatliche Hilfen.



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, E-Mail: kundenservice@faz.de oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,90 € / Kanaren, Balearen 5,10 € / Schweiz 5,90 sfrs